Saar-Zeitung

Organ der Zentrums-Partei für den Saargau

DISSIPAT ATQUE FOVET 18 72

Tage- und Anzeigenblatt für Handel und Gewerbe

Erscheint 6 mal wöchentlich. Geschäftsstelle: Saarlouis, Kl. Markt 1
Telegramm-Adresse: Saar-Zeitung.
Fernsprecher 70 und 82. Postscheck 33.

Monatlicher Bezugspreis: Durch Agenten und Post Fr. 13.00.
Zeitungspreise: Die Gespaltene 40 mm-Zeile 4.05 Fr. Deutschland 30 Pfg. Ausländ. Anzeigen 80 Cts.

Nr. 220 — Saarlouis, Montag, den 26. September 1927. — 56. Jahrgang.

Eine Genfer Friedenserklärung.

Stresemann zur Abrüstungsfrage. — Der Völkerbund in einem kritischen Stadium seiner Entwicklung.

Genf, 24. Sept. Die Völkerbundsversammlung hat Samstag vormittag nach Annahme des von Lousheur erstatteten Berichts der Weltwirtschaftskonferenz und der beiden nachgeordneten Entschließungen die von Polen beantragte Antirüstungsdeklaration in namentlicher Abstimmung einstimmig und unter Beifallskundgebungen angenommen. Die Versammlung erklärte in dieser Entschließung:

„1. Jeder Angriffskrieg ist und bleibt verboten.

2. Alle friedlichen Mittel müssen zur Regulierung von Streitigkeiten angewendet werden, die zwischen den Staaten entstehen können und welcher Art sie auch seien.

Die Versammlung erklärt, daß für die Mitglieder des Völkerbundes die Verpflichtung besteht, sich diesen beiden Grundsätzen zu unterwerfen."

Als einziger Redner ergriff der polnische Delegierte Sokal das Wort, um diesen Antrag, ohne ihn selbst zu verlesen, zu begründen. Die Annahme bedeute keine rechtliche Bindung, die ganze Bedeutung liege darin, eine Atmosphäre zu schaffen, die allen Staaten gewe Sicherheit gebe, die sie sich wünschen, unerschütterlich.

Politisch Quoni erklärte darauf den Vorschlag der Antirüstungsdeklaration und forderte die Versammlung zur namentlichen Abstimmung auf, um dadurch die Deklaration besonders feierlich zu betätigen. Alle Delegierten stimmten mit ja, worauf der Präsident sie als einstimmig angenommen erklärte. Unter lebhaften Beifallskundgebungen erhoben sich erstens von Stresemann, aufs warmste beglückwünschen.

Eine Rede Stresemanns.

Genf, 24. Sept. In der heutigen Nachmittagssitzung der Völkerbundsversammlung hielt Reichsaußenminister Dr. Stresemann zur Abrüstungsfrage eine Rede, der wir folgendes entnehmen:

Als ich die Ehre hatte, vor dieser Versammlung in den ersten Tagen unserer diesjährigen Session zu sprechen, habe ich in meinen Ausführungen auf die außerordentliche Bedeutung hingewiesen, die dem Problem der Abrüstung zukommt. In Uebereinstimmung mit anderen Rednern dieser hohen Versammlung bin ich der Auffassung, daß

in dieser Frage eine der Kernprobleme des Völkerbundes

liegt. In zweifelsohne wichtigen Worten ist der Welt verkündet worden, daß der durch den Weltkrieg herbeigeführten Abrüstung bestimmt Schranken, die sich den Friedensbedingungen ihrer Gegner unterwerfen, die freiwillige Verzichtleistung bei Nähungen anderer Völker folgen werde, um die Völker von neuen Ausbruch der Furcht, des Hasses und des Mißtrauens zu befreien und eine Grundlage zu schaffen, auf der die Wohlfahrt der höchste Entwicklung der menschlichen Leistungen gewährleistet.

Der Völkerbund wird in der Weltöffentlichkeit danach beurteilt werden, wie er sich mit diesen Problemen auseinandersetzt und wie er Worte, die eine Erlösung bedeuten sollten, in die Tat umzusetzen vermag.

Es ist bedauerlich, daß die Erörterungen dieser Session um die Gebieten der Abrüstung und der Sicherheit der Völker sich bewegen. Deutlich trat in der Debatte das Empfinden der Verzweiflung hervor, daß der Völkerbund infolge dieses Problems geradezu in ein kritisches Stadium gerieten ist und ein ernstes Bedenken ist, daß er sich entscheiden muß, ob er einer wirklich fruchtbringenden Zukunft entgegengeht.

Zwei Grundsätze

stehen sich zunächst gegenüberzustellen.

Von Deutschland ist stets mit Nachdruck die Auffassung vertreten worden, daß es nicht angängig sei, den Beginn der allgemeinen Abrüstung noch von der Schaffung neuer Sicherheiten abhängig zu machen. Das war auch der ganz einmalige Standpunkt, auf den sich die Versammlung in ihrer vorläufigen Resolution geeinigt hat. Demgegenüber ist sich neuerdings die Ansicht geltend zu machen, daß unter Garantien auf dem Gebiete der Sicherheit die Voraussetzung für den Beginn der Abrüstung bilden müßten. So ist es erklärlich, daß in der Öffentlichkeit vielfach der Eindruck entstand, als ob der Völkerbund und das Entwaffnungsproblem in eine gefährliche Sackgasse geraten sei.

Nunmehr haben wir in der vom Herrn Berichterstatter gestellt vorgetragenen Resolution ein Programm vor uns, in dem

die beiden Grundsätze der Abrüstung und der Sicherheit

miteinander in das richtige Verhältnis gestellt werden. Die Methode, sich nun zunächst mit den Fragen der Sicherheitsgarantien weiter auszuhauen, scheint mir durchaus erfolgversprechend zu sein. Es ist selbstverständlich, daß Deutschland den Wunsch und Willen hat, bei den in Aussicht genommenen Arbeiten tatkräftig mitzuwirken. Die Gebanden, die in den Vorträgen von Vaccaria für den Westen und den Osten vorwirklich worden sind, werden sich in gleicher oder ähnlicher Gestalt unter Anpassung an die jeweiligen Umstände auch für die Verhältnisse in anderen Gebieten verwerten lassen. Die Vorbedingungen bei den verschiedenen Staatsmitteilen haben sich seine geändert, welche bedeutsame Rolle spielen bei Entwicklung des Schiedsgerichtsgedankens zwischen mehr. Wege der Neue Vorrang zu gewinnen. Deutschland hat mit den benachbarten Völker, für den Gedanken friedlicher Verständigungen und die Gedanken der Vertrages unter den Nationen werben.

Es wirklichkeit aber auch die Möglichkeiten sind, die in diesem Vorgehen zum Ausdruck, so dürfen sie hinwegsehen unseren Willen nun der nächsten Aufgabe ahnenden, die man Deutschland erfüllt werden muß. Diese Aufgabe wird nun in der Aufstellung von neuen Gesichtspunkten für die Arbeiten der Mission gefunden. Wir wissen sich die Arbeiten auf dem Gebiete der Sicherheit in ihrem Verlauf gestalten mögen, die Möglichkeiten liegt, daß die Arbeiten der Sicherheitsfragen dieses Ziel, sobald die nach natürlichen Vorarbeiten rein technischer Art zum Abschlusse gebracht werden sind. Wenn, wie ich nicht zweifle, der jetzt von der Sicherheitsfragen dieses Ziel, sobald sein Inhalt und Geist nach gelten durchgeführt wird, so wird damit eine wichtige Etappe auf dem Weg zu unserem Ziel erreicht sein. Sobald die allgemeine Abrüstung nur auf einmal auf allen Gebieten wirklich begonnen ist, werden die weiteren Schritte gewissen Schwierigkeiten begegnen und der Welt wird sich selbst neue Hoffnung der Sicherheit bringen. So wird sich der grundlegende Satz des Völkerbundspaktes verwirklichen, daß die Erhaltung des Friedens die Herbeiführung der Wohlfahrt bewirkt.

Rüstungen kommen und dürfen nicht die Grundlage der Sicherheit sein!

Sie sind nicht einmal der sicherste Schutz und sie haben überdies unterwühlt die Wirkung, den Nachbarn zu bedrohen. Das ist eine unerwünschte Tatsache, die auch durch friedliche Einstellung der Regierungen nicht beseitigt werden kann. Wir in Deutschland sind heute mit erstaunt, unseren Anspruch von Boot zugunsten, daß einst einem Staaten bei einem Wort dem Gegenteil entgegenstehen. Ich ist, daß die Völker bewußtsein, unter einer friedlichen Bestimmung erzählen, um ihre Rüstungen zu verlassen. Die Furcht vor Nebenfällen zu verhüttenen ziehen, stellte man ihm einfach die Frage „Glaub ihr sie immer vernünft?". **Wer hat Die denn gesagt, daß Die immer vernünft?**

Der Glaube der Menschen an eine bessere Zukunft, die einer größeren Gegenwart folgt, ist eine Macht und Kraft, die gerade der Völkerbund am höchsten schätzen sollte.

Lassen Die diesen Glauben nicht erschüttern! Wenn das Land, das einst als die höchste Militärmacht der Welt galt, heute abgerüstet ist, so sollte es für die anderen Staaten viel leichter sein, ihm jetzt zu folgen. Wir haben nur einer gerechten Pflicht, einer Pflicht, deren Nichtachtung ganz sicher zu schwierigen Folgen führen würde. Wir haben alle keine Wahl. Die ganze Institution des Völkerbundes kann nur dann bestehen und aufblühen wenn, wenn die Vorschrift der allgemeinen Abrüstung durchgeführt und damit die Voraussetzung gegeben ist für eine Atmosphäre, die notwendig ist für eine generösere und vollständigere Sicherung des Friedens, zu der sich alle Völker im Völkerbund vereinenden Nationen bekennen.

Die Ausführungen Stresemanns wurden von dem dichtbesetzten Hause mit gespannter Aufmerksamkeit verfolgt und mit eigenartigem Beifall aufgenommen.

Pilsudskis Innenpolitik.

Warschau, 20. September.

Die Nr. wie bisher Mal Marschall Pilsudski die Bolschewisierung ausgeschlossen verfügung, ist nun. Nun selbst für Polen, selbst, parlamentarische Erfahrung durch die erbeschränkten Gesetzes Kommissionen ausgeschlossen wurdeschon nicht gering genannt werden kann und seit einem Jahre der unglaublichen Ausnahmen eines militärischen Mentrequinzen Gesetzes, das Sejm und Minoritätsjahr zwei Jahres sind die innerpolitischen politischen Parteien, durchaus nicht wenige von ungeheurer Bedeutung für die innere Ausbeschränkung des Sejmes — es sei nur erwähnt auf die Wahlrechts in den Sejm und für die Selbstverwaltungskörper sowie auf einige grundlegende Schlichtungsfriedensgesetze, der gesetzgebenden Gewalt —, Sejmersatz der Erledigung unterzogen worden, aber doch bedeutet ihre Tätigkeit wirklich verschwindet werden konnte. Wie haben das Mißtrauen und das andere Minderheit verursachen, daß eine Regierungsjene, die nicht einmal das außergesetzlichen Charakter eines Diktators besitzt, einfache Ist, dieser Zeit außerordentlichen Interessen Gesetze Sejm zu werden, eine Handlungsfähigkeit zu verwinden, in solch nicht einmal erheblichen Schichten an der Gesetzlichkeit ihrer Positionen zu erreichen.

Wie diese Auffassung des Sejmes schon heute für die bolschewistischen Kreise Europas und Europas gewiß gewesen sein sein. Ein unermüdliches Aufdecken der Opposition wird unerkennbar, wird selbst Parteien, die bisher nicht mitgeschwenken Regierungsmehrheit gewesen werden, Parteien, treten in nahe Opposition zur Regierung. Demgegenüber wird die Erklärung, wie der die verschiedenen Parteien der Koalitionen Gesetzesverfassung entgegenstehen, hat gefallen. Selbst begegnenen Gesetzes Kommissionen, wie bei „Gesetz", Gesetzes Kommissionen, Mitmachung in sehr beschlossen Form zum Ausdruck kommen.

Bereits bei den der Regierung und die Gesetzes Kommissionen, wie bei „Gesetz", Gesetzes Kommissionen, Mitmachung in der Verfassung vorgelegtem vorgelegtem Entwurfs noch vor Vertragsschließung zur Einberufung des Sejms durch die Regierung, wie bei „Gesetz", Gesetzes Kommissionen, Mitmachung gesagt, gesagt wurden, die Sejm-Mehrheit, die bisher gewohnten Tadeuszkiewicz der Volkserziehung nicht mehr in Einklang zu bringen. Und die Sejm-Mehrheit, die bisher gewohnten gesagt wurden, die verbesserte Parteiberichte, die man der Regierung bereits bereits zur Unterstützung der letzten Möglichkeit der Parteien, Herrn Kamilian Kudowski zu verfassen, verschwunden werden, abgelehnt. Kudzielchen werden mache man einen Abgeordneten der äußersten Linken ein Mißtrauensvotum gegen die gesamte Regierung beantragt. Zielen erhob. Mißtrauensvotum, das gegen die Regierung Pilsudski stieß, war ein warmender Blick und der überzeugten außerordentlichen Verfassungen. Wieder wurden seitens Interessenkommissionen, die sich alle in schärfster Form gegen die Regierung wendeten, einschließlich, hervorrief die Interessenkommissionen seine Zaggeschlossen Mißtrauensantrag gegen den Kultusminister Tadeuszkiewicz, ein Antrag zur Mißtrauensantrag der Sejm Mißtrauensantrag gegen den Kultusminister Tadeuszkiewicz, ein Antrag zur Mißtrauensantrag gegenüber Mißtrauensvotum und einer Interpellation gegen das allgemeine Verwaltungen. Die angewandte Schärfe, mit der die Regierung sich gegen die Mißtrauensvotum wendete, die Regierung vorgegangen wurde, war zwar überraschend, da ein radikalerer Schritt noch das bisherigen Erfahrungen in noch nicht erlebt hatte, jedoch hat sich aber ein außerordentlicher Beweis, wie allgemein und vorbereitet die Unzufriedenheit angewachsen ist.

Die Mißtrauensabstimmung, die nur eine Minutenlang Lesung und Beratung, die nur eine Minute dauerte, wurde Verfassungen bei unklärlich gestrichenen Parlamentsamtsstunde zum Verhandeln. Pilsudski hat, wie bei der bedrohenden Haltung des Sejms, die Sejm-Mehrheit, die bisher gewohnten Sejm ein radikales Ende gemacht. Auf Grund des Artikels 30 der Verfassung, der dem Staatspräsidenten die Möglichkeit bei gibt, den Sejm zu einer außerordentlichen Sitzung einzuberufen, wurde durch ein von Staatspräsidenten und Pilsudski unterschriebenen Dekret die Sejmsession am 30 Tage unterbrochen. Mit diesem Dekret wird eine verfassungsmäßige Notwendigkeit, die bisher nicht gewesen ist, einfach beiseite gesetzt. Jetzt ist nicht bekannt, wann der Sejm wieder zusammentreten wird. Die bisher Mehrheit, die bisher gewohnten Sejm, die bisher Mehrheit, die bisher gewohnten Sejm, die bisher Mehrheit, die bisher gewohnten Sejm,